

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 003/06 – 02.01.08**

Fundsachen

Ministerpräsident Beck erklärte in der Fernsehsendung RHEINLAND-PFALZ AKTUELL am 25.11.05, er wisse nichts von den geheimen CIA-Flügen und fuhr fort: „Ich denke dass wir eine ganz klare Haltung haben, Amerika genau so gut wie Deutschland, dass wir die Menschenrechte achten; und das werden wir auch entsprechend von allen einfordern, die sich auf deutschem oder über deutschem Boden bewegen.“ Nach Aussage seines Regierungssprechers Walter Schuhmacher werde er bei der Bundesregierung „die Interessen von Rheinland-Pfalz in der CIA-Ramstein-Affäre vertreten“. (RHEINPFALZ, 30.11.05) – zitiert aus LP 044/05).

Beck machte deutlich, dass er sich in der Affäre um die CIA-Flüge mehr Unterstützung der Union für den Koalitionspartner SPD gewünscht hätte. „Wenn ich an manche Äußerungen rund um die CIA-Flüge denke, kann ich nur sagen: Klammheimliche Freude an den Vorgängen von gestern erschwert die Zusammenarbeit“, sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende. Namentlich kritisierte er CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. „Es wird immer Situationen geben, wo man zu Entscheidungen von Geheimdiensten einfach das Maul halten muss“, sagte Beck. (SONNTAG AKTUELL, 01.01.06)

Die CIA-Folterflüge und der „Maulhalte-Appell“ des Kurt Beck

Ausgerechnet der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende Kurt Beck, der sich selbst ständig zu jedem Problem äußert, das Medienresonanz verspricht, empfiehlt anderen Leuten „einfach das Maul zu halten“. Derart pointierte Äußerungen entschlüpfen ihm sonst nicht, zumindest achtet seine Entourage umsichtig darauf, dass über solche nicht berichtet wird. Da er bei öffentlichen Äußerungen eher zu weit-schweifigen, wolkigen, verbindlich-unverbindlichen Formulierungen neigt, lässt diese Entgleisung eine tiefe Verunsicherung vermuten.

Verbreitete er noch Ende November 2005 die Behauptung, „dass (US-)Amerika genau so gut wie Deutschland die Menschenrechte achtet“ (s.o.), so hat er durch zahlreiche, seine damalige Äußerung widerlegende Veröffentlichungen – vor allem auch in US-Medien – inzwischen wohl einsehen müssen, dass ihm das niemand mehr glaubt. Heute kann nicht mehr bestritten werden, dass US-Regierungen – nicht nur die Bush-Administration – und ihre CIA die Menschenrechte seit Jahren mit Füßen treten. Im November hoffte Beck wohl noch darauf, die Bush-Leute würden sich mit geschickteren Lügen aus der Affäre ziehen, damit verborgen bleibe, dass sein Parteigenosse Schröder und Minister aus dessen rot-grüner Regierung durch ähnlich laxen Umgang mit unserer Verfassung und dem Völkerrecht schon längst zu Mitwissern und Mittätern geworden waren. Wollte er damals noch von allen, „die sich auf oder über deutschem Boden bewegen“ die Einhaltung der Menschenrechte „entsprechend einfordern“, so möchte er heute nur noch, dass über „Entscheidungen der Geheimdienste“ der Mantel des Verschweigens und Vertuschens gebreitet wird. Aber es geht ja längst nicht mehr nur um die Folterflüge der CIA.

Als die CDU-Vorsitzende Angela Merkel vor dem Irak-Krieg zu Bush in die USA reiste, musste sie auch von Seiten der SPD viel Kritik hinnehmen, weil sie Schröders angeblicher Friedenspolitik in den Rücken gefallen sei. Heute wird immer klarer, dass Schröder und Fischer mit ihren öffentlichen Friedensbeteuerungen nur die Wahl gewinnen wollten, denn das US-Militär konnte gleichzeitig ungehindert und sogar von deutschen Soldaten beschützt von seinen auf deutschem Boden überlassenen Basen aus den völkerrechtswidrigen Überfall auf den Irak vorbereiten.

Man ist versucht, an ein abgekartetes Spiel zwischen den Regierungen Bush und Schröder zu glauben. Schröder gab den Friedensengel und verhinderte damit gleichzeitig Protestaktionen aus der deutschen Bevölkerung und größere Friedensdemonstrationen vor den Hauptquartieren und Militärbasen der US-Streitkräfte in Deutschland. Rumsfeld spielte den polternden Kritiker, um die Heuchelei der deutschen Regierung glaubwürdiger erscheinen zu lassen und deren aktive und passive Unterstützung eines völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieges zu kaschieren.

Schröder gewann trotz seines heimlichen Paktierens mit der Bush-Regierung die Wahl, Frau Merkel bezog von allen Seiten Prügel – auch im Mainzer Rosenmontagszug – und ihr ungeliebter Kanzlerkandidat Stoiber musste eine bittere Niederlage hinnehmen. Für Angela Merkel ist es sicher eine große Genugtuung, dass sie im zweiten Anlauf nicht nur den eiskalt taktierenden SPD-Schröder, sondern auch ihren CSU-Widersacher Stoiber aus dem Feld geschlagen hat. Wenn sie ihren Sieg nicht schon bald wieder aus der Hand geben will, muss sie sich klar von der völkerrechtswidrigen Mauschelpolitik der Vorgängerregierung distanzieren.

Der um seinen nächsten Wahlsieg zitternde Herr Beck ärgert sich natürlich heftig über Herrn Pofalla, den Generalsekretär der CDU, weil dieser verhindern will, dass seine Partei in den sich erst in Umrissen abzeichnenden, von der vorherigen Koalition aus SPD und Grünen zu verantwortenden Regierungs- und Geheimdienstskandal hineingezogen wird.

Die CDU-Kanzlerin Merkel hofft, die kommenden Wahlkämpfe mit zumindest in dieser Hinsicht blütenreiner Weste bestreiten zu können. Dann muss sie aber ihren Innenminister Schäuble dazu bringen, auf durch Folter gewonnene „Erkenntnisse“ zumindest offiziell zu verzichten und einer völligen Aufklärung aller Machenschaften bis zur Bestrafung der Schuldigen nicht im Wege zu stehen.

Weil Herr Beck natürlich weiß, dass bei ernsthaft betriebenen Nachforschungen noch viele peinliche Verwicklungen sichtbar und viele Politiker, auch der SPD, nicht ungeschoren davonkommen werden, fordert er statt der Menschenrechte jetzt das große Totschweigen ein.

Dabei hat doch gerade Kurt Beck als Ministerpräsident des US-Flugzeugträgers und US-Waffenlagers Rheinland-Pfalz bisher keine Gelegenheit ausgelassen, die gute Zusammenarbeit mit den „amerikanischen Freunden“ über den grünen Klee zu loben.

Im vergangenen Jahr versetzte Herr Beck die Landeshauptstadt Mainz während des Bush-Besuches in den Ausnahmezustand. Die unverhältnismäßig hohen Kosten wird das Land sehr wahrscheinlich alleine zu tragen haben. Mit 30 Millionen Euro „Selbstbeteiligung“ aus dem Landeshaushalt hat er den Ausbau der US-Flugplätze Ramstein und Spangdahlem mitfinanziert, und ist auch noch stolz auf diese Fehlleistung, obwohl unerträglicher Fluglärm, wachsende Schadstoffbelastung und ständige Absturzgefahr den Anwohnern das Leben zur Hölle machen. Seit Jahren reisen er und sein jetziger Innenminister Bruch in die USA, um den Abzug von US-Truppen und die Schließung von US-Basen zu verhindern. Spangdahlem blieb nur erhalten, weil die dort stationierten US-Jets die ein-

heimische Bevölkerung uneingeschränkt mit Fluglärm terrorisieren dürfen. Mit einem von der Landesregierung propagierten, von privaten Anlegern zu finanzierenden Wohnungsbauprogramm soll die US-Garnison Baumholder erhalten werden, obwohl das Pentagon längst beschlossen hat, sie aufzugeben.

Möchte unser sonst so redseliger Ministerpräsident jetzt auch über diese Eigenaktivitäten nichts mehr hören? In Herrn Becks Neujahrsansprache kamen „unsere amerikanischen Freunde“ überhaupt nicht vor, obwohl sie an der Zerstörung der von ihm genannten Städte Prüm, Zweibrücken, Bitburg, Gerolstein, Mainz oder Koblenz nicht so ganz unbeteiligt waren. Herr Beck hätte in diesem Zusammenhang auch noch Ludwigshafen, Kaiserslautern oder Pirmasens nennen können. Ob er auch für Falludscha und andere erst jüngst von US-Flugzeugen zerbombten Städte ähnlich „großartige Aufbauleistungen“ erwartet, die alle Spuren der US-Bomben tilgen? Ganz beiläufig warnt Herr Beck die „lieben Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz“ dann auch noch vor der „Terrorgefahr“, vergisst aber ganz zu erwähnen, dass wir auch diese „unseren amerikanischen Freunden“ zu verdanken haben.

Da muss es niemand wundern, wenn er auch vertuscht wissen will, dass über die mit vielen deutschen Steuermillionen – auch auf sein Betreiben hin – ausgebaute US-Air Base Ramstein Menschen zum Foltern in geheime Gefängnisse geflogen werden.

Wo bleibt da Herr Beck sonst so offen zur Schau getragenes Mitgefühl mit der leidenden Kreatur. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, wie er sich leibhaftig vor laufenden Fernsehkameras äußerst besorgt um das Wohl von in Viehtransporter gepferchten, halb verdursteten Schlachttieren gekümmert und umgehende Abhilfe versprochen hat.

Bei seinen guten Beziehungen zu „seinen amerikanischen Freunden“ – wir denken auch an den Besuch eines Gottesdienstes in den USA, an dem auch Präsident Bush teilnahm, ohne allerdings seinen großzügigen Mainzer Gastgeber zu beachten – müsste es ihm als Ministerpräsidenten eines Bundeslandes doch möglich sein, bei der Zwischenlandung eines CIA-Learjets in Ramstein auch einmal das Wohlergehen eines verschleppten Gefangenen überprüfen zu können und eventuelle Beanstandungen anschließend öffentlich kundzutun.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Beck, sehr geehrter Herr stellvertretender SPD-Vorsitzender, in dieser traurigen Angelegenheit geht es nicht ums „Maulhalten“! Machen Sie endlich Ihren Mund auf, und handeln Sie nach Ihrem Amtseid, der Sie verpflichtet, Ihr Amt getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen, damit alle völkerrechts- und menschenrechtswidrigen Schandtaten „Ihrer amerikanischen Freunde“ in Rheinland-Pfalz endlich aufhören!

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern